

Protest der JLU: Gießen wehrt sich gegen Hochschul-Finanzkürzungen

Proteste an der JLU Gießen gegen Finanzkürzungen der Landesregierung: Offener Brief an Ministerpräsident Rhein gefordert.

Die Justus-Liebig-Universität (JLU) in Gießen steht im Zentrum eines kontroversen Konflikts, der die zukünftige Finanzierung von Hochschulen in Hessen betrifft. Angesichts geplanter Haushaltskürzungen der Landesregierung formierte sich ein breiter Protest unter den Universitätsangehörigen, der die grundlegenden Herausforderungen der Hochschulfinanzierung sichtbar macht.

Die Besorgnis über zukünftige Kürzungen

Die geplanten finanziellen Einschnitte, die in Gießen und anderen hessischen Städten thematisiert wurden, könnten weitreichende Folgen haben. Insbesondere die Vorsitzende des Personalrats, Petra Becker, hob hervor: „Wir müssen deutlich machen, dass man uns den Geldhahn nicht einfach zudrehen kann.“ Diese Worte stehen für eine Forderung nach finanzieller Stabilität, die weit über die JLU hinausgeht.

Folgen für die Studierenden

Die Auswirkungen der Kürzungen betrifft vor allem die Studierenden, die bereits in einer finanziell angespannten Lage sind. Eventuelle Kostensteigerungen in Form von höheren Studiengebühren sind damit nicht ausgeschlossen. Hochschulangehörige sehen die Qualitätsrisiken als gravierend

an: Ein potenzieller Stellenabbau könnte der Lehre und der Ausbildung nachhaltig schaden. Die Qualität des Studiums sowie die finanzielle Entlastung für bedürftige Studierende stehen auf der Kippe.

Ein Aufruf zur Unterstützung

In einer hybriden Veranstaltung forderten etwa 150 Teilnehmende, darunter auch Vertreter der Gewerkschaften Verdi und GEW, von der Landesregierung ein Umdenken. Die JLU-Präsidentin, Katharina Lorenz, drückte ihr Verständnis für die Sorgen der Universitätsangehörigen aus, merkte jedoch an, dass noch „keine konkreten finanziellen Bedingungen ab 2026 besprochen“ worden seien. Dies lässt die Unsicherheit unter den Hochschulangehörigen wachsen.

Die wirtschaftlichen Dimensionen des Konflikts

Tobias Cepok von der GEW warnte vor den ökonomischen Implikationen der Kürzungen, die als „falsche Prioritätensetzung“ der Landesregierung bezeichnet wurden. Die Sorgen über einen drohenden Fachkräftemangel und Einbußen bei den Steuereinnahmen sind berechtigt. Solche Strukturprobleme könnten sich langfristig negativ auf die Region und deren Unternehmen auswirken.

Schlussfolgerung und Ausblick

Die Versammlung hat einen offenen Brief an Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) formuliert und zeigt damit, dass die Gemeinschaft sich solidarisch gegen die befürchteten Kürzungen positioniert. Die bevorstehenden Gespräche zur Hochschulfinanzierung und einem möglichen „Hochschulpakt“ ab 2026 könnten entscheidend sein, um die Studienbedingungen und die akademische Freiheit langfristig zu sichern. Der Protest verdeutlicht nicht nur lokale, sondern auch

landesweite Probleme und stellt eine klare Botschaft für die künftige Gestaltung der Hochschulfinanzierung in Hessen dar.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de